

Wie generell in der politisch-operativen Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit muß auch im Prozeß der politisch-operativen Absicherung, Kontrolle und Betreuung der in den UHA des Ministeriums für Staatssicherheit inhaftierten Ausländer, die Forderung des Genossen Minister durchgesetzt werden, daß alle Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit die Politik der Partei zu unterstützen haben.

Bei der Realisierung der politisch-operativen Sicherungsaufgaben ist stets zu beachten, daß alle Maßnahmen gegenüber Ausländern aus dem nichtsozialistischen Ausland jederzeit politische und diplomatische Aktivitäten auslösen können.

Die in den UHA des Ministeriums für Staatssicherheit inhaftierten Ausländer haben die gleichen Rechte und Pflichten wie die inhaftierten DDR-Bürger. Diese sind in der "Gemeinsamen Anweisung über die Durchführung der Untersuchungshaft" - vom 22. Mai 1980 - fixiert.

Beim Vollzug der Untersuchungshaft bei Ausländern müssen einige Besonderheiten beachtet werden. Aus der weltweiten Anerkennung der DDR, ihrer Weltoffenheit und der damit verbundenen hohen Anzahl von Ausländern in der DDR sowie aus der internationalen Klassenkampfsituation zwischen Sozialismus und Imperialismus ergeben sich zwangsläufig neue, höhere Anforderungen an die politisch-operative Absicherung von inhaftierten Ausländern im Untersuchungshaftvollzug. Denen muß jederzeit Rechnung getragen werden.

Gegenüber inhaftierten Ausländern sind folgende Probleme zu beachten:

1. Die Sicherung der inhaftierten Ausländer muß so erfolgen, daß das Strafverfahren auf der Grundlage der sozialistischen Gesetzlichkeit mit höchstmöglichem politischen Er-